



Deutscher Berufsverband  
für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

Bundesgeschäftsstelle  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin

Fon: (030) 288 756 310

Fax: (030) 288 756 329

Email: [info@dbsh.de](mailto:info@dbsh.de)

Web: [www.dbsh.de](http://www.dbsh.de)

Ansprechpartner: Norman Kohle

Email: [kohle@dbsh.de](mailto:kohle@dbsh.de)

18.01.2015

## **DBSH mahnt die Gesellschaft zur Besonnenheit und fordert die Ablehnung jeglicher Diskriminierung und Gewalt**

In der aktuellen deutschen und europäischen gesellschaftlichen Debatte zu sozialen Fragestellungen und eines möglichen Rechtsruckes in unserer Gesellschaft **mahnt der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) die Politik aber auch die Bevölkerung zur Besonnenheit und fordert die Ablehnung jeglicher Diskriminierung und Gewalt.** Der DBSH sieht in den derzeitigen gesellschaftlichen Protestbewegungen und Reaktionen den Ausdruck von Ängsten. Ursache für diese sind aus Sicht des DBSH die bereits seit Jahren vorherrschende einseitige Orientierung aller Maßnahmen an Wirtschaftlichkeit und der gleichzeitige Abbau von Sozialen Leistungen für die Bürger\_innen.

Die Mitglieder des DBSH begegnen jeder Art von Diskriminierung, sei es aufgrund von politischer Überzeugung, nationaler Herkunft, Weltanschauung, Religion, Familienstand, Behinderungen, Alter, Geschlecht, Herkunft, ethnische Zugehörigkeit, Farbe oder irgendeiner anderen Neigung oder persönlichen Eigenschaft, eines Zustandes oder Status. Weder wirken sie bei solchen Diskriminierungen mit noch dulden oder erleichtern sie diese.

In jeder Gesellschaft entstehen soziale Probleme. Diese zu entdecken, sie mit ihren Ursachen und Bedingungen öffentlich zu machen und einer Lösung zuzuführen, ist der gesellschaftlich überantwortete Auftrag Sozialer Arbeit. Ihre Grenzen sind bestimmt durch strukturelle, rechtliche und materielle Vorgaben. Professionell geleistete Soziale Arbeit gründet jedoch letztlich in universellen Werten, wie sie etwa im Katalog der Menschenrechte, den Persönlichkeitsrechten und dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zum Ausdruck kommen. Diese Werte fordern die Professionellen in der Sozialen Arbeit auf, den gesellschaftlichen Auftrag der Profession fortlaufend zu bewerten und gegebenenfalls zu optimieren.

In der Würde der Person erfährt das Handeln in der Sozialen Arbeit seine unbedingte und allgemeine Orientierung. In der Solidarität und der strukturellen Gerechtigkeit ver-

pflichten sich die Professionellen auf Werte, die die Einbindung der Person in die Gesellschaft und ihren Schutz in der Gesellschaft sichern.<sup>1</sup> In der aktuellen Situation sieht sich der DBSH darin bestärkt von der Politik ein wirksames „Armutsbekämpfungskonzept“ einzufordern. Bereits in der „Saarbrücker Erklärung“<sup>2</sup> von 2010 begründet der Verband die besondere Verpflichtung der Profession zur Parteinahme für Arme. Der DBSH fordert daher eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung von Menschen mit Unterstützungsbedarf, sowie Verbesserungen in den Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege und Gesundheit. Für soziale Dienstleistungen muss es darüber hinaus festgesetzte Standards geben, um Quantität und Qualität zu sichern. Hilfe und Teilhabe darf nicht zur Marktware verkommen.

Der DBSH ist sich dabei bewusst, dass dies mit den vorhandenen Finanzmitteln nicht zu realisieren ist: **„Wenn der soziale Frieden in der Gesellschaft erhalten bleiben soll, so bedarf es einer solidarischen Haltung vor allem der Menschen mit höherem Einkommen“**, so Michael Leinenbach, erster Vorsitzender des DBSH.

Der DBSH fordert einen gesellschaftlichen Diskurs unter Beteiligung der Bürger\_innen in unserem Land über die Fragen von Menschenwürde, Chancen-, Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Der DBSH sieht dabei sehr wohl, dass die bisherigen Steuereinkünfte nicht ausreichen, um (soziale) Infrastruktur und ein Leben in Würde für alle Menschen zu bewahren und fordert eine Neuverteilung der Finanzen. Zur Finanzierung fordert der Verband u.a. den Spitzensatz der Einkommenssteuer wieder auf das Niveau früherer Jahre (47 oder 53 Prozent) anzuheben, Steuerschlupflöcher zu schließen und die Einführung einer Transaktionssteuer.

Der DBSH fordert die Schaffung eines langfristigen Armutsbekämpfungskonzeptes für Deutschland, in dem neben der Sicherung der materiellen Existenz auch verbesserte Bildungschancen, eine gute Gesundheitsversorgung, menschenwürdige Entlohnung von Erwerbsarbeit und politische Teilhabe für die Schwachen im Land ermöglicht werden. Hierzu ist eine soziale Politik nötig, die sich frei macht von dem Diktat der Finanz- und Güterwirtschaft, und die den Markt reguliert, wenn Menschen durch Markthandeln benachteiligt, ausgegrenzt und missbraucht werden. Der DBSH fordert bessere Teilhabemöglichkeiten an Bildung für Menschen mit niedrigen und niedrigsten Einkommen und darüber hinaus eine solidarische Absicherung im Gesundheitsbereich, damit entsprechende Fachkräfte vor Ort die Betroffenen professionell unterstützen können. Ebenso notwendig ist die Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus im öffentlichen Besitz, die insbesondere das Wohnen in benachteiligten Stadtteilen und Regionen für diejenigen Menschen sichert, die die auf bezahlbare Mieten angewiesen sind.

Wir fordern alle Kolleg\_innen auf, sich vor Ort für eine gerechtere Gesellschaft zu engagieren und sich dem Stammtischgeschwätz mutig entgegenzustemmen, Ängste in der Bevölkerung aufzugreifen und sich für eine nachhaltige Sicherung des sozialen Friedens und der Menschenrechte in Deutschland einzusetzen.

---

<sup>1</sup> <http://www.dbsh.de/beruf/berufsethik/berufsethische-prinzipien.html>

<sup>2</sup> <http://www.dbsh.de/sozialpolitik/sozialpolitische-stellungnahmen/saarbruecker-erklaerung.html>